

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freunde des Deutschen Hanfverbandes,

herzlichen Dank für Ihre Nachricht und vor allem für Ihren Einsatz die Drogenpolitik humaner und progressiver zu gestalten. Wir teilen Ihre Einschätzung, dass der globale Krieg gegen Drogen gescheitert ist und die Nebenwirkungen der Prohibition verheerend sind. Dazu müssen wir nicht nach Mexiko blicken, wo wir mit Entsetzen die Macht der Drogenkartelle und bürgerkriegsähnliche Zustände verfolgen. Auch hier in Deutschland läuft noch Vieles schief: Statt Verbraucherschutz und Prävention steht immer noch die Verfolgung der EndnutzerInnen im Mittelpunkt.

Sei es das fehlende Drugchecking, keine Spritzentauschprogramme in Knästen, ein ungerechter Umgang mit Cannabis-KonsumentInnen im Straßenverkehr oder gar der fehlende Verkauf von Cannabis in Fachgeschäften, die Liste der drogenpolitischen Fehler ist lang und zeigt im Grunde nur eines: Die Strafverfolgung in der Drogenpolitik ist gescheitert und muss beendet werden. Deshalb setzen wir uns auch für die Legalisierung von Cannabis ein. Und deshalb freuen uns auch über Ihre Protestaktion. Denn wir brauchen eine starke öffentliche Debatte und den zivilgesellschaftlichen Druck auf die Parteien und Parlamente, damit sich die deutsche Drogenpolitik endlich fundamental ändert. Auch wenn Sie uns dafür kritisieren bisher nicht viel erreicht zu haben, eines ist klar: Alleine wird BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Wandel nicht gegen die anderen Parteien durchsetzen. Hier muss aber noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das gilt für die SPD genauso wie für die CDU/CSU und auch für die FDP, die sich zwar eine liberale Partei nennt, aber lieber Waffen als Cannabis legalisieren möchte.

Wir können ihre Enttäuschung über die Arbeit der Landesregierungen mit Grüner Beteiligung, die Sie in Ihrer Mail zum Ausdruck bringen, nachvollziehen. Wir können auch verstehen, dass es frustrierend ist, immer nur zu hören, die Grünen Forderungen in der Drogenpolitik seien wieder an den anderen Parteien gescheitert. Und natürlich ist es demotivierend, wenn das Gefühl entsteht, seit Jahren gegen Windmühlen zu kämpfen – das geht uns genauso wie Ihnen. Doch wir haben auch gelernt, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben und Widerstände oder Sorgen mit guten Argumenten zu entgegnen. Wir möchten Sie deshalb dazu ermuntern sich weiterhin – und mit uns zusammen – für eine progressive Drogenpolitik einzusetzen. Wir wissen aus der Geschichte der Grünen Partei, dass es sich lohnt: Viele gesellschaftliche Veränderungen waren anfangs kaum denkbar, sei es die Gleichstellung von Homosexuellen, der Ausstieg aus der Atomkraft oder die Anerkennung Deutschland als Einwanderungsland. In all diesen Bereichen gibt es noch Veränderungsbedarf, aber es hat sich schon sehr viel getan. Ein Schlüssel dafür war immer die enge Kooperation mit und in der Zivilgesellschaft. Engagierte NGOs, politischer Druck von Bürgerbewegungen, Verbänden oder Vereinen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den – wenigen – politischen Kräften dies sich für eine andere Drogenpolitik aussprechen, sind deshalb auch hier unabdingbar. Dass sich was ändern kann, haben wir gezeigt, denn zum Beispiel gibt es inzwischen eine

**Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

Heroinabgabe für Abhängige und die Definition von „geringen Mengen“ wurde verbessert. Uns reicht dies aber noch lange nicht. Zu der genauen Situation in den einzelnen Landesverbänden haben wir im Anhang an dieses Schreiben eine kurze Übersicht eingefügt.

Daher freuen wir uns auf gemeinsame Demonstrationen wie bei der Hanfparade und über weitere Aktionen. Wir würden uns auch sehr freuen, wenn Sie sich bei beim grünen Mitgliederentscheid einbringen. Denn bei uns bestimmen diesmal alle Mitglieder gemeinsam per Wahlverfahren, welche Projekte wir in einer Regierungsbeteiligung als Erstes anpacken wollen. Darunter ist auch das Schlüsselprojekt „Die Sicherheit der KonsumentInnen stärken – Drogenpolitik reformieren“. Die Wahl findet am 8. und 9. Juni statt - und bis dahin wir unter <http://gruener-mitgliederentscheid.de> kräftig diskutiert, welches der 58 Projekte gewählt werden soll.

Mit besten Grüßen



Claudia Roth

und



Cem Özdemir

Bundsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



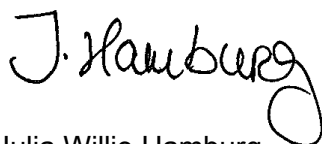
Thekla Walker

und



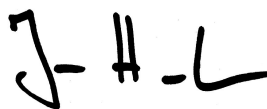
Chris Kühn

Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg



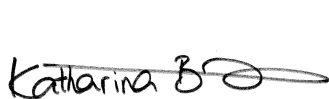
Julia Willie Hamburg

und



Jan Haude

Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen



Katharina Binz,



Thomas Petry

und



Britta Steck

Geschäftsführender Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz



Ruth Kastner

Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein

**Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## **Zu der Situation in den einzelnen Landesverbänden**

### Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg konnten wir uns bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD im Jahr 2011 leider nicht auf eine gemeinsame Linie beim Thema Cannabis verständigen, weshalb der Koalitionsvertrag hierzu auch keine Aussagen enthält. Zur Anhebung der "geringen Menge" streben wir eine bundeseinheitliche Regelung an. Wir in Baden-Württemberg setzen uns weiterhin für eine Drogen- und Suchtpolitik ein, die auf vier Säulen beruht: Aufklärung und Prävention, Frühe Hilfen, wohnortnahe Behandlungsangebote und Überlebenshilfen.

### Niedersachsen:

Die neue rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen setzt sich für eine Entkriminalisierung des Besitzes geringer Mengen von Cannabis und anderer nicht legaler psychotroper Substanzen ein. Neben einer bundeseinheitlichen Eigenbedarfsgrenze für den Besitz geringer Mengen von Cannabis ist es unser Ziel, die Prävention zu stärken, reine Konsumenten zu entkriminalisieren und die Strafverfolgung auf die Dealer zu beschränken.

### Nordrhein-Westfalen:

Mit einem gemeinsamen Runderlass des Justizministeriums und des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 19. Mai 2011 hat die rot-grüne NRW-Landesregierung die von CDU und FDP beschlossene Senkung der Eigenbedarfsgrenze von zehn auf sechs Gramm bei Cannabisprodukten und die Aufhebung der Eigenbedarfsgrenze für andere Betäubungsmittel zurückgenommen. Damit wurde schon während der Zeit der NRW-Minderheitsregierung im Rahmen des landespolitischen Spielraums ein erster Schritt in Richtung einer sinnvolleren Drogenpolitik unternommen. Zudem wird derzeit ein Aktionsplan zum Thema Drogen und Sucht auf Basis des bestehenden Landeskonzepts zum Thema Sucht (<http://www.mgepa.nrw.de/gesundheit/praevention/sucht/index.php>) erarbeitet. Ebenfalls bereitgestellt wurden für das Jahr 2013 zusätzliche 400 000 Euro für die Betreuung und Therapie von Suchtkranken in den NRW-Gefängnissen.

### Rheinland-Pfalz:

Für das Land Rheinland-Pfalz ergibt sich der Spielraum aus dem Koalitionsvertrag, den wir mit der SPD aushandeln konnten. Die (Wieder-)Anhebung der Eigenbedarfsgrenze von 6 auf 10 Gramm haben wir bereits umgesetzt, das ist erster Schritt. Das Thema Konsumräume ist ebenfalls im Koalitionsvertrag verankert, wir werden es im Rahmen der HH-Beratungen für den Doppelhaushalt 2014/15 thematisieren. Die Sicherstellung der Substitution in der Stadt wie auch im ländlichen Raum haben wir schon mehrfach diskutiert und werden hier versuchen, eine Lösung zu finden. Spritzentauschprogramme und ähnliches im Knast sowie eine konsequente Entkriminalisierung sind zur Zeit in Rheinland-Pfalz aber leider nicht durchsetzbar.

### **Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## Schleswig-Holstein:

Grüne in Schleswig-Holstein setzen sich für eine fortschrittliche Drogenpolitik ein. Unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die Initiative im Landtag ergriffen. ExpertInnen aus Schleswig-Holstein und weit darüber hinaus haben sich intensiv mit den Themen „drug-checking“, Drogenkonsumräume und der „geringen Menge“ auseinander gesetzt. Die Auswertung der Gutachten läuft gerade. Zentrale Säule unserer Drogenpolitik ist die Entkriminalisierung. Wir wollen, dass KonsumentInnen nicht für den Besitz einer zum Eigenbedarf gedachten Menge eines Suchtmittels bestraft werden. Das treibt Menschen in die kriminelle Szene und an den Rand des harten Drogenhandels. Wir wollen verhindern, dass Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte mit Kleinstverfahren überschwemmt werden und für die „Großen Fische“ zu wenig Kapazitäten bleiben. Parallel zur Landtagsbefassung hat der Grüne Landesverband in Vorstand, Parteirat und LAGen zusammen mit der Grünen Jugend die Diskussion über eine moderne Drogenpolitik weiter geführt. Im nächsten Schritt werden wir die Debatte mit einem Antrag auf dem Parteitag fortsetzen: Schritte diskutieren, Maßnahmen beschließen und dann auf Landesebene umsetzen.

## **Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## **Auszug aus dem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

### Im Kapitel Soziale Sicherung:

#### **4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik**

Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht.

Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern unter Einbeziehung von Wissenschaft, Drogenhilfe und Gesundheitspolitik eine Evaluierung der aktuellen Drogenpolitik. Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller - auch bislang illegaler Drogen. Neue Verbote, wie zum Beispiel eine Stoffgruppenregelung bei Legal Highs lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen muss beendet werden.

Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen ausgerichtetes Hilfe- und Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme und Drogenkonsumräumen entgegenreten und durch die Ermöglichung von Substanztanalysen (Drug-checking) ergänzen. Die bestehenden Therapie- und Hilfsangebote für Opiatabhängige müssen ausgebaut, rechtliche Hürden beseitigt und niederschwellige Angebote gestärkt werden. Wir wollen bestehende Präventionsprogramme für alle psychoaktiven Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls korrigieren; öffentliche Werbung wirksam verbieten. Das Thema „Drogen und Sucht“ muss mit all seinen Facetten breiten Eingang in den Schulen finden und soziale Träger wie Gesundheitsämter besser in die Lage versetzt werden Eltern und Jugendliche differenziert und fachgerecht zu beraten. Wir setzen uns dafür ein, dass die E-Zigaretten als gesundheitlich weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum erhalten bleibt. Wir werden auch weiterhin für einen wirksamen Nichtraucherenschutz eintreten und den Schutz vor Passivrauchen verbessern. Das Tabakrahmenübereinkommen der WHO werden wir umsetzen und damit den Einfluss der Tabakindustrie wirksam begrenzen.

#### **Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

## Im Kapitel Bürgerrechte:

Das Strafrecht ist nicht das Mittel der Wahl zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern letztes Mittel staatlichen Handelns, welches immer besonderer Begründung bedarf. Ein liberaler Rechtsstaat darf BürgerInnen nicht mit dem Mittel des Strafrechts vor einer möglichen Selbstschädigung "schützen". Die Strafverfolgung in der Drogenpolitik ist gescheitert, daher setzen wir auf die Regulierung aller Drogen. Wir wollen das Sanktionensystem reformieren. So darf etwa die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein nicht mehr länger als Straftat verfolgt werden.

...

Bei Drogen wie Cannabis wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen und diese besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den Eigengebrauch und privaten Anbau von Drogen wie Cannabis entkriminalisieren. Auch der medizinische Einsatz von sowie die Forschung an Drogen darf nicht länger behindert werden. Die Ungleichbehandlung von Cannabis und Alkohol durch das Führerscheinsrecht soll beendet werden. Cannabis-Delikte ohne Zusammenhang zum Straßenverkehr dürfen nicht mehr unaufgefordert und ohne Zustimmung der Betroffenen an die Führerscheinstelle übermittelt werden.

## Das Schlüsselprojekt:

Die Sicherheit der KonsumentInnen stärken - Drogenpolitik reformieren"

Der globale "War on Drugs" ist gescheitert. Jährlich sterben Millionen Menschen aufgrund der derzeitigen Verbotspolitik. Statt Verfolgung von KonsumentInnen wollen wir eine Reform der Drogenpolitik. Wir setzen dabei auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Die gesundheitlichen Risiken wollen wir durch Prävention und Aufklärung minimieren. Wir fordern die langfristig an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller Drogen. Dazu gehören für uns auch die Ausweitung von Drug-Checking und Sprizentauschprogrammen. Außerdem wollen wir den Eigenverbrauch und privaten Anbau von Cannabis legalisieren und den Verkauf besteuern. Wir wollen Cannabis für Medizin und Forschung nutzen.

## **Bankverbindung:**

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67  
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)